

INTERGLOBAL

BÜRGERKRIEG IM SUDAN

„Frauen werden als Beute betrachtet“

Interview: Jonathan Weckerle

Seit mehr als zwei Jahren wütet ein Bürgerkrieg im Sudan. Hunger und Gewalt sind in vielen Teilen des Landes an der Tagesordnung, die UN beschreiben die Lage dort als „schlimmste humanitäre Krise der Welt“. Darüber, warum besonders Frauen unter dem Krieg leiden, sprach die „woxx“ mit der Frauenhilfsorganisation „Sudanese Women Rights Action“ (SUWRA).

woxx: Wie ergeht es Frauen im sudanesischen Bürgerkrieg?

Sudanese Women Rights Action: Im vergangenen Jahr habe ich mit „Human Rights Watch“ zu sexualisierter Gewalt in der Hauptstadt Khartoum recherchiert, dem ersten Gebiet, in dem der Krieg 2023 ausbrach. Aus menschenrechtlicher Perspektive ist davon auszugehen, dass Sexualgewalt in einem solchen Ausmaß, verübt insbesondere durch die „Rapid Support Forces“ (RSF), als Kriegsverbrechen zu werten ist. Es gibt eine immense Anzahl von Frauen, die in diesem Krieg konfliktspezifische sexualisierte Gewalt erfahren. Zusätzlich stellen Frauen den Großteil der Binnenvertriebenen im Land. Bedingt durch historisch gewachsene Diskriminierung in konservativen Gemeinschaften sind unter Frauen auch die Hungerraten besonders hoch. Frauen geben oft ihre eigene Nahrung ab, damit Kinder oder ältere Familienmitglieder essen können. Des Weiteren haben Frauenorganisationen, Frauenrechtlerinnen und Journalistinnen mit Repression zu kämpfen. Gerade jene Frauen, die während der Revolution 2018 an vorderster Front protestierten, werden angegriffen – vor allem vom ehemaligen Regime und seinen Unterstützern, die die sudanesischen Armee fördern, die zweite Konfliktpartei im Krieg. Kurz gesagt: Sudanesischen Frauen erleben Menschenrechtsverletzungen, Verletzungen ihres Rechts auf Meinungsfreiheit und ihrer Möglichkeit, an der öffentlichen Debatte teilzunehmen. Frauen sind die Hauptleidtragenden dieses Kriegs.

Können Sie genauer beschreiben, welcher Gewalt Frauen ausgesetzt sind?

Tatsächlich verüben die RSF die meisten sexualisierten Gewalttaten, aber

bei der regulären Armee kommt das auch vor. Die RSF entführen Frauen und zwingen sie, für sie zu arbeiten. Eine Frau, so wurde mir erzählt, wurde vor zwei oder drei Monaten von den RSF gefangen genommen, in ein Haus gebracht und mehr als 20 Tage lang jeden Tag vergewaltigt. Als die RSF schließlich aus Khartoum gedrängt wurden, wurde sie nackt auf der Straße liegend gefunden. Solche schrecklichen Geschichten gibt es zuhauf – nicht nur von Frauen, sondern auch von Kindern, die vergewaltigt und misshandelt wurden und gezwungen waren, für die RSF zu kochen oder Wäsche zu reinigen. Die Anzahl der Betroffenen ist immens. Wegen konservativer Einstellungen, Scham, Stigmatisierung und mangelnder Schutznetzwerke haben aber viele Opfer nie Vorfälle gemeldet oder medizinische Hilfe in Anspruch genommen. Dazu kommt die Hungersnot. Oft kommen die Opfer sexualisierter Gewalt kaum dazu, über das Geschehene nachzudenken – sie fliehen und suchen verzweifelt nach Nahrung, etwa in Darfur und Kordofan – Regionen, die von extremer Ernährungsunsicherheit betroffen sind. Tausende Frauen ignorieren ihre Traumata, weil sie nirgends Hilfe finden können. Das Gesundheitssystem im Sudan ist zusammengebrochen.

Wie rechtfertigen die Kriegsbeteiligten ihr Handeln?

Sexualisierte Gewalt und sexuelle Versklavung werden als Teil der Kriegsführung praktiziert. Kämpfer, insbesondere der RSF, wurden darauf trainiert, Vergewaltigung als Teil ihres „Lohns“ zu verstehen. Viele Kämpfer kamen nach Khartoum und in andere Städte, vor allem im Bundesstaat al-Jazirah und in den nördlichen Bundesstaaten,

um zu plündern – und Frauen werden als Beute betrachtet.

Gibt es Angriffe gegen Frauen aus bestimmten Gruppen?

Es gibt auch eine ethnische Dimension – besonders im Nuba-Gebirge, in Südkordofan und Darfur, aber auch in Khartoum und den nördlichen Bundesstaaten. Die RSF sind im Kern eine Stammesmiliz arabischer Nomaden, die in Darfur entstand und sich über die Sahara bis nach Libyen, Tschad, Nigeria und Mali ausweitete. Historisch wurden sie von den flussnahen bäuerlichen Gesellschaften diskriminiert – man betrachtete sie als „Barbaren“ und erlaubte ihnen nicht, in die eigene Gruppe einzuheiraten. Die Nomadenstämme galten über lange Zeit als unterentwickelt und waren politisch marginalisiert. Die Angriffe aus ethnischen Gründen folgten der Logik: „Jetzt holen wir uns, was uns verwehrt wurde.“ In Darfur und Kordofan kehrt sich das Bild um: Dort sind es sesshafte Ethnien (Nuba, For, Zaghawa) mit dunklerer Haut, die von arabischen Nomaden diskriminiert werden. In dieser Region hängt die Gewalt mit rassistischen Machtvorstellungen zusammen. Frauen afrikanischer Herkunft werden als wertlos betrachtet, als Sklavinnen gehandelt und vergewaltigt, um Macht zu demonstrieren. Es ist eine komplexe Gemengelage mit ethnischer Dimension und historischen Feindschaften.

Sie erwähnten die Revolution von 2018. Welche Rolle hatten Frauen in ihr?

Das islamistische Regime Omar al-Bashirs, das über 30 Jahre herrschte, kontrollierte die Körper der Frauen umfassend. Man bestimmte, welche

Kleidung Frauen tragen und wie viele Stunden sie arbeiten durften – beispielsweise durften Frauen nicht nachts arbeiten. Über Jahrzehnte hat sich viel Wut bei Frauen aufgestaut – sie führten viele Proteste gegen die Diktatur an und waren die ersten, die sich organisierten. Auch in der Übergangsregierung nach dem Sturz al-Bashirs ab 2019 drängten Frauen auf Gleichberechtigung und politische Teilhabe.

„Frauen führten viele Proteste gegen die Diktatur an und waren die ersten, die sich organisierten.“

Wie hat sich die Lage nach dem Militärputsch im Jahr 2021 entwickelt?

Nach dem Putsch protestierten insbesondere Frauen weitere 16 Monate, bis der Bürgerkrieg ausbrach. Es waren vor allem Frauen, die frühzeitig – auch international – auf politische Lösungen drängten. Unsere Organisation warnte früh vor der Möglichkeit eines Putsches. Doch Frauen wird selten zugehört, weil sie nicht in Entscheidungspositionen sitzen. Gegenwärtig wird der Großteil der humanitären Hilfe in lokalen Gemeinschaften von Frauen organisiert, manchmal von Frauenorganisationen wie unserer, und Frauen gehören größeren Organisationen oder Berufsverbänden an. Frauen sind weiterhin die treibende Kraft der Veränderung.

Welche Netzwerke der Frauenorganisationen funktionieren derzeit noch?

Die meisten Frauenorganisationen haben nach Kriegsausbruch fast alles verloren: Ihre Büros wurden geplündert, Ausstattung und persönliche Gegenstände gingen verloren. Viele Frauen wurden auch persönlich bestohlen, in ihren Häusern und später beim Versuch, aus einem Gebiet ins nächste zu fliehen. Bei diesem Krieg geht es hauptsächlich um Plünderungen. Einige Organisationen haben sich in Nachbarländern wie Uganda, Kenia oder Südsudan neu formiert. Auch wir zählen dazu. Man bemüht sich, weiterhin humanitäre Hilfe durch

Sudanese Women Rights Action (SUWRA)

„Sudanese Women Rights Action“ (SUWRA) setzt sich seit 2011 für Frauenrechte im Sudan ein. Ihre Mitarbeiterinnen sitzen im Ausland und sind unter hohen Sicherheitsrisiken auch im Sudan tätig. SUWRA versteht sich als Fürsprecher- und Vermittlerorganisation und vernetzt internationale NGOs und lokale Organisationen im Sudan miteinander, vermittelt Rechtsbeistand für Frauenrechtlerinnen und psychologische Unterstützung für traumatisierte Frauen.

Sudanesische Frauen in einem Flüchtlingscamp: „Tausende von ihnen ignorieren ihre Traumata, weil sie nirgends Hilfe finden können“, so die Organisation „Sudanese Women Rights Action“.

große Netzwerke im Sudan zu leisten – Lebensmittel, Unterkünfte, Hilfe bei sexualisierter Gewalt, psychosoziale Unterstützung im gesamten Land. Wegen der starken Aggression der Kriegsparteien gegen zivilgesellschaftliche Gruppen arbeiten viele im Untergrund, das Sicherheitsrisiko ist enorm hoch.

Sie erwähnten die Hungersnot. Wie ist die Lage im Detail, wie sind Frauen und Kinder betroffen?

Bis zu 82 Prozent der weiblichen Binnenvertriebenen leben in extremer oder akuter Ernährungsunsicherheit – die Zahlen sind schockierend. Auf Grundlage der internationalen Skala für Ernährungsunsicherheit (IPC) wurden einige Regionen auf Stufe vier beziehungsweise fünf der fünfstufigen Skala klassifiziert, große Teile des Sudan auf Stufe drei. Mindestens 21 Millionen Sudanesisinnen und Sudanesen – etwa die Hälfte der Bevölkerung – benötigen humanitäre Hilfe, speziell Nahrungsmittel. Die landwirtschaftliche Produktion ist stark eingeschränkt, Märkte funktionieren kaum, die Wirtschaft kollabiert, Kämpfe finden fast landesweit statt. In den vergangenen drei bis sechs Monaten erhielt der Konflikt eine neue Dimension, da nun zu etwa 70 Prozent mit Drohnen gekämpft wird. Sowohl die sudanesisische Armee als auch die RSF setzen sie ein – meist sind es Zivilist*innen, die bei Drohnenangriffen sterben. Die allgemeine Unsicherheit verstärkt die Ernährungsunsicherheit, und die sudanesisische Armee verhindert den Zugang zu Essen. In Südkordofan, einem Bundesstaat im Westen des Landes, werden die Hauptstadt Kadugli und die Stadt Dilling von der RSF belagert. Die Zugangsstraßen sind gesperrt, keine Lebensmittel kommen rein. Gleichzeitig hat die sudanesisische Armee 30 Organisationen ausgewiesen, die zuvor Nahrung bereitstellten. Das wenige Essen, das bei den Menschen ankommt, konfisziert die Armee, die auch den Markt kontrolliert. Der UN-Sonderberichterstatter zum Recht auf Nahrung spricht von Hunger als Waffe. In Städten wie al-Fashir (Darfur) und Kordofan essen Menschen Baumblätter oder Würmer, weil nichts anderes verfügbar ist. Ein Kilo Sorghumhirse kostet derzeit etwa 20 US-Dollar – für viele unbezahlbar.



FOTO: EPA/DIEGO MENJIBAR

Und selbst wenn man das Geld hat, muss man oft drei Tage warten und im Voraus zahlen.

Wie nehmen Sie die Berichterstattung zur Lage im Sudan wahr?

Der Sudan ist nahezu aus dem Blickfeld der Weltöffentlichkeit verschwunden – Medien berichten kaum mehr. Die Kommunikations- und Strominfrastruktur des Landes wurde zerstört oder gezielt abgeschaltet, meist durch die sudanesisische Regierung. Die Menschen sind auf „Starlink“-Satelliten angewiesen, die teuer und schwer zugänglich sind. Deshalb gibt es nur wenige Bilder oder Videos aus Krisengebieten. Aber auch, weil es gefährlich sein kann zu berichten. Eine junge Frau kam für eine Woche ins Gefängnis, weil sie in Südkordofan ein Video von Warteschlangen vor einer Nahrungsmittelausgabe gedreht hatte. Dokumentieren oder auf Social Media teilen – dafür droht mancherorts die Todesstrafe.

Was können Menschen im Ausland tun, um die Menschen im Sudan zu unterstützen?

Wir haben ein beeindruckend effektives Netzwerk lokaler Hilfsinitiativen, geführt von Frauen und Jugendlichen. Die gesamte Hilfsinfrastruktur wird von der sudanesischen Gesellschaft gelenkt, da internationale Akteure und UN-Agenturen größtenteils blockiert sind. Sudanesische Diaspora-Gemeinschaften sammeln weltweit Spenden und kooperieren eng mit lokalen Or-

ganisationen – so auch mit unserer. Hilfen über internationale NGOs wie das „Norwegische Flüchtlingskomitee“ (NRC), „Save the Children“, „Médecins sans frontières“ oder „Care International“ erreichen Sudan über lokale Partner wie uns. Wegen der eingefrorenen US-Förderung – rund 80 Prozent der Nothilfe stammten zuvor aus dem Programm USAID – bestehen riesige Finanzierungslücken. Ein Weg zur Unterstützung sind Spenden an diese Organisationen oder direkt an suda-

nesische Gemeinschaften im Ausland. Aber auch: Reden Sie über den Sudan, teilen Sie Inhalte auf Social Media. Denn wer heute nicht im Internet auffindbar ist, existiert nicht. Trotz der schweren Zeiten bleibt humanitäre Solidarität möglich. Wir sind online, über soziale Medien erreichbar – wer Interesse zeigt und nach Organisationen wie unserer sucht, findet viele Wege, einen Beitrag zu leisten.

Vorgeschichte des Krieges

(Manuel Störmer) – Der Bürgerkrieg ist auch eine Folge des Scheiterns der sudanesischen Demokratiebewegung, nachdem diese 2019 den Sturz des langjährigen Diktators Omar al-Bashir herbeigeführt hatte. Auf eine kurze Zeit der Hoffnung folgte 2021 ein Putsch. Der Oberste Militärbefehlshaber Abd al-Fattah al-Burhan tat sich damals mit dem Anführer der „Rapid Support Forces“ (RSF), Mohammed Hamdan Dagalo, genannt Hemedti, zusammen und stürzte die zivile Regierung. Die RSF ist 2013 aus den berüchtigten Reitermilizen der Janjaweed hervorgegangen, die zwischen 2003 und 2008 in Darfur gemeinsam mit der sudanesischen Armee den genozidalen Krieg gegen die dortige Bevölkerung geführt haben („Zaungast beim Massenmord“ in woxx 911). Als al-Burhan 2023 versuchte, die mächtigen RSF-Milizen in die Armee einzugliedern und somit als eigenständige Gruppe zu entmachten, kam Dagalo dem zuvor, indem er seine Truppen mobilisierte und einen Angriff auf das Armeehauptquartier, den Präsidentenpalast und den Flughafen in Khartoum startete („Krieg statt Demokratisierung“, woxx 1733). Als al-Burhan die mehrwöchige Belagerung überstand und seine Regierung in die Hafenstadt Port Sudan am Roten Meer verlegte, entwickelte sich der gewalttätige Machtkampf Stück für Stück zu einem brutalen und komplexen Bürgerkrieg zahlreicher Milizen und Gruppen, in dem beide Seiten nur noch eine militärische Lösung akzeptieren („Die Gewalt regiert“, woxx 1764).